



Durch die folgende textliche Festsetzung wird der Bebauungsplan Nr. 184 „Gewerbegebiet Westtangente“ (rechtsverbindlich seit dem 25.02.2000) in seinen Festsetzungen geändert. Der räumliche Geltungsbereich für die 3. Bebauungsplanänderung ist in dem anliegenden Plan festgesetzt.

Hier nicht genannte zeichnerische oder textliche Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 184 bleiben von der Änderung unberührt und gelten unverändert weiter.

## TEXTLICHE FESTSETZUNG

### Festsetzung der Art der Nutzung

Im gesamten räumlichen Geltungsbereich wird in den festgesetzten Gewerbegebieten (GE) und eingeschränkten Gewerbegebieten (GEE) der Ausschluss von

- Anlagen für soziale Zwecke aufgehoben.

Die genannten Anlagen sind in den genannten Gebieten ausnahmsweise zulässig.

(gem. § 8 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO)

## HINWEISE

Dieser Bebauungsplanänderung liegt die **Baunutzungsverordnung** in der Fassung vom 23.01.1990, zuletzt geändert am 11.06.2013, zugrunde.

Sollten bei den geplanten Erd- und Bauarbeiten ur- oder frühgeschichtliche **Bodenfunde** (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, so sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. (Nieders. Denkmalschutzgesetz vom 30. 5. 1989, Nds. GVbl., S. 517)

Sollten bei den geplanten Erd- und Bauarbeiten Hinweise auf **Altablagerungen** zu Tage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.

---

## PRÄAMBEL

---

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 58 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Ganderkesee die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 184, bestehend aus der textlichen Festsetzung als Satzung beschlossen.

Ganderkesee, den 25.02.2016 L.S. ....  
gez. A. Gerken-Klaas  
(Bürgermeisterin)

---

## VERFAHRENSVERMERKE

---

### Öffentliche Auslegung

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung der Bebauungsplanänderung wurden am 05.09.2015 ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf der Bebauungsplanänderung mit der Begründung haben vom 15.09.2015 bis 14.10.2015 gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Ganderkesee, den 25.02.2016  
gez. A. Gerken-Klaas  
.....  
(Bürgermeisterin)

### Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Ganderkesee hat die Bebauungsplanänderung nach Prüfung der Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 10.12.2015 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Ganderkesee, den 25.02.2016  
gez. A. Gerken-Klaas  
.....  
(Bürgermeisterin)

### Bekanntmachung

Der Satzungsbeschluss der Bebauungsplanänderung ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 04.03.2016 im Amtsblatt für den Landkreis Oldenburg Nr. 09/16 ortsüblich bekannt gemacht worden. Die Bebauungsplanänderung ist damit am 04.03.2016 rechtsverbindlich geworden.

Ganderkesee, den 04.03.2016  
gez. A. Gerken-Klaas  
.....  
(Bürgermeisterin)

### Verletzung von Vorschriften

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Bebauungsplanänderung ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen der Bebauungsplanänderung und der Begründung nicht geltend gemacht worden.

Ganderkesee, den ... ..  
.....  
(Bürgermeisterin)

### Planverfasser

Der Entwurf der Bebauungsplanänderung wurde ausgearbeitet von:

pk plankontor städtebau  
gmbh  
-----  
Ehnenstraße 126  
26121 Oldenburg  
Tel.: 0441/97201-0  
Fax: 0441/97201-99

Oldenburg, den 18.02.2016

gez. Lüders  
.....  
(Dipl.-Ing. Lüders)